

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 09.12.2008
Sitzung Nummer:	28 (OULA/28)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:55 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Havelberg"

Eduard Stapel
Vorsitzende/r

Karola Abs Torsten Friedrichs
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Herr Eduard Stapel

Mitglieder

Herr Uwe Klemm
Herr Wolfgang Kühnel
Herr Waldemar Schreiber
Herr John Völtzke

i. V. für Herrn Dr. Mörs

sachkundige Einwohner

Herr Holm Dietze
Herr Friedrich Jahns
Herr Torsten Mehlkopf
Herr Dr. Peter Neuhäuser

von der Verwaltung

Herr Martin Falkhofen

Protokollführer

Frau Karola Abs
Herr Torsten Friedrichs

von der Verwaltung

Frau Annemarie Theil
Herr Carsten Wulfänger

Gäste

Herr Jürgen Ramm

Geschäftsführer der ALS Dienstleistungsgesellschaft
GmbH

Stellvertreter

Herr Dr. Michael Kühn
Herr Bernd-Otto Leunig

Vertretung für Herrn Arnold Bausemer
Vertretung für Herrn Dieter Bolle

-
Frau Karin Zädow

Vertreterin für Dr. Franke

Abwesend:

Mitglieder

Herr Arnold Bausemer
Herr Dieter Bolle
Herr Dr. Klaus-Jürgen Mörs

sachkundige Einwohner

Frau Inka Roloff
Herr Manfred Schulz

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz sowie der Tagesordnung
 - 3 Feststellung der Niederschrift der 27. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz vom 14.10.2008
 - 4 Stellungnahme des Landkreises Stendal zum 1. Entwurf des Landesentwicklungsplanes des Landes Sachsen - Anhalt 2010
Vorlage: 434
 - 5 Die Abfallwirtschaft im Landkreis Stendal - Abfallbericht 2007
 - 6 Diskussion zum Entwurf Haushaltsplan 2009
Vorlage: 443
 - 7 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Stapel eröffnet die 28. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz und begrüßt alle Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz sowie der Tagesordnung

Herr Stapel stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der Ausschussmitglieder fest. Damit ist der Ausschuss beschlussfähig. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

zu TOP 3 Feststellung der Niederschrift der 27. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz vom 14.10.2008

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 14.10.2008 wird mit sechs Ja-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

**zu TOP 4 Stellungnahme des Landkreises Stendal zum 1. Entwurf des Landesentwicklungsplanes des Landes Sachsen - Anhalt 2010
Vorlage: 434**

Frau Theil stellt einleitend dar, dass die Landkreise zu diesem ersten Entwurf des Landes bis zum 31.12.2008 zu einer Stellungnahme aufgefordert sind. Dem Kreis Ausschuss wird dann ein Ergänzungsblatt mit den Ergebnissen der Diskussionen in den einzelnen Ausschüssen vorgelegt.

Herr Michaelis führt weiter aus, dass seit dem letzten Landesentwicklungsplan (LEP) 1999 nunmehr wegen des massiven Bevölkerungsrückgangs im Lande eine grundlegende Überarbeitung notwendig ist. Ziel ist die Erhaltung gleichwertiger gesunder Arbeits- und Lebensbedingungen in den Regionen. Der Landkreis Stendal ist im neuen LEP als Region mit besonderen Entwicklungsaufgaben eingestuft. Damit wird er eine bevorzugte Berücksichtigung bei Planungen erhalten.

Im Zuge des demnächst stattfindenden Baus der Autobahn A 14 im Landkreis Stendal schlägt der Landkreis drei Flächen an der früheren Flughafenplanung bei Buchholz, am Flugplatz Borstel/ Uenglingen und am künftigen Knoten der A 14 mit der B 190 bei Seehausen zur Ausweisung als Industriegebiet vor. **Herr Dietze** gibt zu bedenken, dass die Lage des vorgesehenen Industriegebietes bei Uenglingen für den Ort ungünstig ist. Dazu informiert **Herr Michaelis**, dass die Stadt Stendal im Rahmen ihrer Planungshoheit gegenwärtig eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, um die Umsetzungsmöglichkeit für ein Industriegebiet im Rahmen der gesetzlichen Regelungen (u.a. TA Lärm) im Vorfeld zu prüfen.

Weiter gibt er bekannt, dass eine Neuregelung bei der Einstufung zentraler Orte erfolgen soll. Dabei soll Havelberg seinen Status behalten, aber Osterburg als Ort mit besonderer Bedeutung im ländlichen Raum herabgestuft werden, der aber über dem Status Grundzentrum liegt. Nach Meinung des Landkreises kommt diese besondere Bedeutung im ländlichen Raum auch den Städten Tangermünde und Tangerhütte zu.

Herr Schreiber hinterfragt, warum weniger Grundzentren ausgewiesen werden sollen. Dazu führt **Herr Michaelis** aus, dass Grundzentren nach einheitlichen Kriterien des LEP ausgewiesen werden. Diese sollen im Sinne der Daseinsvorsorge multifunktionell bestückt sein und in 15 Minuten mit dem PKW erreichbar sein. Da dies im Landkreis vielfach nicht realisierbar ist, wird es im Landkreis Stendal Ausnahmen geben müssen.

Herr Dr. Neuhäuser schlägt vor, auf Seite 7 des Entwurfes eine konkrete Formulierung zur Erhaltung bzw. Mehrung der Grünlandnutzung in Überschwemmungsgebieten aufzunehmen.

Die Beschlussvorlage wird mit 6 Ja-Stimmen bei einer Ablehnung befürwortet.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 6 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

zu TOP 5 Die Abfallwirtschaft im Landkreis Stendal - Abfallbericht 2007

Herr Ramm berichtet zusammenfassend über den vorliegenden Abfallbericht 2007 des Landkreises Stendal. Entsprechend der sinkenden Einwohnerentwicklung im Landkreis Stendal ist auch die Zahl der privaten Haushalte gesunken. Die Zahl der Gewerbebetriebe sowie deren Anschlussgrad hat sich dennoch im Jahr 2007 gegenüber dem Jahr 2006 erhöht. Die Mengenentwicklung von Siedlungsabfall ist immer noch rückläufig. 2007 betrug sie 13.335 Mg, 2006 waren es noch 15.030 Mg. Hingegen steigt die Bioabfallmenge, sie stieg von 14.061 Mg im Jahr 2006 auf 16.493 Mg im Jahr 2007. Im Raum Osterburg ist ein erheblicher Anstieg der Bioabfallmengen zu verzeichnen. Auf Nachfrage teilt Herr Ramm mit, dass ca. 40% der Einwohner im Raum Osterburg an die Biotonne angeschlossen sind.

Die Mengenentwicklung für Papier ist weiterhin rückläufig aufgrund der hohen Papierpreise der Vorjahre. Die weitere Mengenentwicklung bleibt abzuwarten nach den sinkenden Preisen.

Die im Jahr 2006 eingeführte Sperrmüllentsorgung mit den Abrufkarten hat sich etabliert, welches auch die Zahlen beweisen. Im Jahr 2007 sind 1772 Mg gemischter Sperrmüll entsorgt worden. Das ist mehr als vor der Einführung des Abrufkartensystems. Rückläufig indes sind die entsorgten Mengen an holzhaltigen Sperrmüll.

Des Weiteren macht Herr Ramm kurze Ausführungen zum Behältersystem mit Angabe zu gestellten Behältern, Anzahl der jeweiligen Behälterentleerungen, Leerungsvolumen und Leerungsdichte.

Herr Dietze fragt nach, ob der Rückgang der holzhaltigen Sperrabfälle auf die vermehrte Anzahl von Traditionsfeuern zurückzuführen ist. Bei den Traditionsfeuern wird Baum- und Strauchschnitt verbrannt und das ist Bioabfall, so **Herr Ramm**.

Herr Leunig fragt nach, ob sich denn der Anteil an Restabfall im Biomüll erhöht hat, da die Restabfallmenge weiter gesunken ist. **Herr Ramm** führt aus, dass die Bevölkerung genauer trennt und sich der Störstoffanteil im

Biomüll (sprich Anteil an Restmüll) nicht erhöht hat und sich innerhalb der vertraglich vereinbarten Grenze von 3 % befindet.

Herr Dr. Kühn fragt nach, wie hoch der Anteil Restabfall im Gelben Sack ist. Das muss unterschiedlich betrachtet werden, so **Herr Ramm**. In Bereichen, wo die Sacksammlung durchgeführt wird, ist der Restabfallanteil gering. Der Restmüll ist da gut sichtbar und für die Gelben Säcke auch zu schwer. Probleme gibt es zum Teil in den Großwohnanlagen, wo anstatt Gelber Säcke, 1,1 m³ (gelbe) Behälter Verwendung finden. Wenn Fehlbefüllungen sichtbar sind, dann werden die Behälter nicht entleert und der Vermieter muss für die Entsorgung, dann als Restmüll, aufkommen. Dieser wird über die Umladestation der Deponie ins MHKW Rothensee verbracht.

Herr Dietze fragt zur Entwicklung der Papiermengen nach, ob bekannt ist, wie viel Papier über Annahmestellen angenommen wird. In Stendal gibt es zwei Annahmestellen, welche ca. 6 bis 7 Cent/kg bezahlen. Welche Mengen dorthin gehen ist nicht bekannt.

Herr Völtzke fragt nach, ob die abfallrechtliche Prüfung der Papiersammlung an Schulen erfolgen soll. Die Papiersammlung an den Schulen könnte zu rechtlichen Problemen führen. Gegen die Sammlung an sich ist nichts einzuwenden, so **Herr Ramm**. Im Abfallkalender für 2009 ist ein Wettbewerb zur Papiersammlung ausgeschrieben um die Bevölkerung dazu zu animieren, das Papier dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (öRE) zu überlassen. **Frau Zadow** führt dazu aus, dass der Aufruf Papier zur Schule zu bringen und dieser zu überlassen widerrechtlich ist, da Papier aus privaten Haushalten andienungspflichtig ist und eine Lagerung (auch im Container) am Schulstandort, eine Lagerung von Abfall außerhalb einer genehmigten Anlage darstellt. Abfallrechtlich ist Papier, dass entsorgt werden soll, Abfall. Wenn Schüler für die Aufstockung der Klassenkasse ihr Papier von zu Hause mitbringen und dann abgeben, ist dies kein Problem.

Herr Stapel bemängelt, das ein Konzept bis 2025 fehlt, worin die Entsorgungskosten entsprechend der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung betrachtet werden und den Verlauf der Kostenentwicklung erkennt, da man sich nicht auf die im Landesentwicklungsplan angesprochene Bevölkerungsstabilisierung verlassen darf.

Dazu äußert **Herr Ramm**, dass das Abfallwirtschaftskonzept, welches sich gerade in der Fortschreibung befindet, alle fünf Jahre fortgeschrieben wird. Der Kalkulationszeitraum beträgt gem. Kommunalen Abgabegesetz drei Jahre und endet für den Jetzigen im Jahr 2009. Der nächste Kalkulationszeitraum wird dann die Jahre 2010 bis 2012 umfassen. Für das Jahr 2009 wurde der Wirtschaftsplan auf der Gesellschafterversammlung am 09.12.2008 beschlossen.

Die Senkung des Restabfallaufkommens ist an sich positiv zu bewerten, so **Frau Theil**. Aber wegen den vertraglich vereinbarten Mengenkorridoren muss aufgepasst werden, dass Vertragsstrafen wegen Nichtausnutzung der Mengenkorridore fällig werden. Zur Zeit haben wir in der Abfallentsorgung höhere Aufwendungen als Gebühren eingenommen werden, so dass, wenn die Gebührenaufgleichsrücklage aufgebraucht ist, sich auf höhere Abfallgebühren eingestellt werden muss. Damit hat der Landkreis Stendal aber immer noch geringe Abfallgebühren im Vergleich mit anderen Landkreisen Sachsen-Anhalt's, so **Herr Ramm**. **Herr Klemm** bemerkt, dass die Kalkulationen für den Dreijahreszeitraum bisher gut funktioniert haben.

Herr Schreiber betont, dass sich die Abfallgebühren im Landkreis Stendal wirklich sehen lassen können, was mehr veröffentlicht werden sollte, und das diese nicht nur gewertet, sondern auch gewürdigt werden müssen.

Nach Ansicht von **Herrn Stapel** reicht es nicht aus, für drei oder zehn Jahre zu planen und zu kalkulieren. Dies müsste über einen längeren Zeitraum erfolgen.

zu TOP 6 Diskussion zum Entwurf Haushaltsplan 2009 Vorlage: 443

Herr Wulfänger stellt dar, dass der Landkreis Stendal im kommenden Jahr rechtzeitig als 2008 seine finanzielle Handlungsfähigkeit erlangen soll. Trotz bestehender Probleme wird das Konsolidierungsziel des ausgeglichenen Haushaltes im Jahr 2016 beibehalten. 2009 wird der Landkreis voraussichtlich ein Defizit von 2,1 Mill. € erzielen. Mehrausgaben bei der Jugendhilfe und durch die Erhöhung der Kassenkredite stehen Minderausgaben bei den Kosten der Unterkunft gegenüber. Die Kreisumlage soll 48,1 % betragen. Der Stellenplan wird um 12 Stellen gekürzt. Damit sind beim Landkreis Stendal derzeit 713 Personen (incl. 50 Mitarbeiter bei der ARGE und 60 Mitarbeiter in der Ruhephase) beschäftigt. Im Vermögenshaushalt sind 16,4 Mill. € eingeplant, die überwiegend zur Sanierung von Schulen verwendet werden sollen. Für die kommende Woche ist ein Abstimmungs-

gespräch mit dem Landesverwaltungsamt zur Haushaltsplanung vorgesehen. Die finanziellen Spielräume werden für den Landkreis auch in den kommenden Jahren nicht sehr groß sein.
Anschließend stellen **Frau Theil** und **Herr Falkhofen** einige Eckpunkte der Finanzplanung des Umwelt- bzw. Ordnungsamtes vor.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 7 Anfragen und Hinweise

Als erster Sitzungstermin für das kommende Jahr wird der 10.02.09 vorgeschlagen. Die weiteren Termine werden später bekannt gegeben.